

Côte d'Ivoire – Der lange Weg aus der Krise

„Solutions“ – Lösungen: Das war der Slogan, mit dem Alassane Ouattara seinen Präsidentschaftswahlkampf 2010 bestritt. ADO, wie Ouattara von den Ivorern genannt wird, versprach Lösungen für die massiven Schwierigkeiten, die wirtschaftliche Notlage und die anhaltenden Sicherheitsprobleme des Landes. Am 21. Mai 2011, dem Tag an dem Ouattara offiziell das Präsidentenamt der Côte d'Ivoire übernommen hat, sind Lösungen dringender denn je. Nachdem Altpräsident Laurent Gbagbo Ende November 2010 seine Niederlage in der Stichwahl gegen Ouattara nicht anerkannte, stürzte das Land in einen blutigen Bürgerkrieg. Der Albtraum dauerte mehr als vier Monate und kostete schätzungsweise mindestens 3000 Menschen das Leben¹.

Darüber hinaus wurden mehrere Hunderttausende aus ihren Häusern vertrieben, wichtige Teile des Landes zerstört und die ivoirische Wirtschaft brach vollends zusammen. Nach der Festnahme Gbagbos am 11. April 2011 ruht die Hoffnung von weiten Teilen der ivoirischen Bevölkerung sowie der internationalen Gemeinschaft nun auf Ouattara, der Côte d'Ivoire zu einem Neuanfang und zu Normalität zu verhelfen. Das von ethnischen und politischen Gegensätzen tief gesplattene Land muss nun wieder vereint und dauerhaft befriedet, die am Boden liegende Wirtschaft neu belebt und Arbeitsplätze geschaffen werden. „Solutions“ -

Alassane Ouattara steht vor einer wahren Herkulesaufgabe.

Die Sicherheitslage ist weiterhin angespannt

Die Rede Ouattaras zur Eröffnung der Regierungsklausur am 5. Juli in Abidjan klang wie ein Eingeständnis. „Die ersten beiden Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen, sind ganz offensichtlich die Sicherheit von Gütern und Personen sowie die Konsolidierung des Friedens.“ Augenscheinlich ist es der neu eingesetzten regulären Armee der Côte d'Ivoire, FRCI (Forces républicaines de Côte d'Ivoire), auch dreieinhalb Monate nach der Verhaftung Laurent Gbagbos noch nicht gelungen, die innere Sicherheit im ganzen Land wiederherzustellen. Vor allem in Abidjan und in einigen Teilen im Südwesten des Landes herrschen nach wie vor chaotische Zustände vor und es kommt wiederholt zu Raubüberfällen, Plünderungen oder gewaltsamen Auseinandersetzungen. Bei den Tätern handelt es sich häufig um aus der Kontrolle geratene, ehemalige Soldaten des Gbagbo-Lagers, liberianische Söldner, Milizen oder bewaffnete Kriminelle. Letztere wurden entweder im Zuge der Regierungskrise freigelassen oder ihnen gelang die Flucht aus den vor allem im Süden des Landes zerstörten Gefängnissen. Allein aus dem größten Gefängnis des Landes, dem sogenannten MACA in Abidjan, wurden am 31. März 2011 alle knapp 5000 Gefangenen freigelassen und zumindest teilweise bewaffnet. Eine der letzten, verzweifelten Aktionen Gbagbos, um die Verteidigung Abidjans gegenüber den herannahenden Truppen Ouattaras zu gewährleisten.

¹ Vgl. Afrikabericht N°176 der International Crisis Group, <http://www.crisisgroup.org/en/publicationtype/media-releases/2011/africa/a-critical-period-for-ensuring-stability-in-cote-d-ivoire.aspx> [05.08.2011].

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BENIN

MARIA ZANDT

BENJAMIN THULL

16. August 2011

www.kas.de / westafrika

Somit ist unter Berücksichtigung der Folgen des mehr als vier Monate andauernden blutigen Bürgerkriegs der schleppende Fortschritt bei der Wiederherstellung der inneren Sicherheit nicht weiter verwunderlich. Nach wie vor sind tonnenweise Waffen und Munition im Land im Umlauf, deren unkontrollierte Weitergabe nicht nur eine Bedrohung für die Sicherheit in der Côte d'Ivoire, sondern auch für die Nachbarländer darstellt. Darüber hinaus sind viele wichtige Einrichtungen noch nicht wieder funktionsfähig. Darunter befinden sich zahlreiche Polizeistationen, die während der postelektoralen Unruhen in und um Abidjan geplündert und anschließend niedergebrannt wurden. Laut dem ivoirischen Innenminister sind umgerechnet noch 450 Millionen Euro nötig, damit der Sicherheitssektor wieder effektiv arbeiten kann.

Andererseits wird der Prozess der Wiederherstellung dadurch behindert, dass die Einheiten der ehemaligen FDS (Forces de défense et de sécurité) noch nicht adäquat von den FRCI-Truppen ersetzt beziehungsweise zur Rückkehr überredet werden konnten. Die Dachorganisation FDS, deren wichtigste Elemente die Armee und die Präsidentschutzeinheit sowie die nationalen Polizei- und Gendarmerieeinheiten darstellten, war bis zum Sturz Gbagbos für die Gewährleistung der Sicherheit des Landes zuständig. Während der gewaltsamen Auseinandersetzung lief ein Teil der FDS-Einheiten zu Ouattara über. Der größte Teil blieb allerdings loyal zum ehemaligen Präsidenten. Letztere flohen zu einem beträchtlichen Teil nach der Niederlage Gbagbos aus Angst vor Vergeltungsschlägen und tauchten entweder innerhalb der Côte d'Ivoire oder in einem der Nachbarländer, vor allem in Liberia oder Ghana, unter. In Ghana sollen, laut der Ouattara-nahen Zeitung Patriote, mehrere pro-Gbagbo-Dissidenten und mutmaßliche Kriegsverbrechern mit der Duldung des ghanaischen Präsidenten Mill Unterschlupf gefunden haben. Unter Führung des ehemaligen Verteidigungsministers, Kadet Bertin, habe sich laut Patriote eine Gruppe zusammengefunden, die den Umsturz des Ouatta-

ra-Regimes vorbereite². Dennoch schätzen Experten die Gefahr eines Gegenschlags von ehemaligen Gbagbo-Treuen gegen das aktuelle Regime als gering ein. Ende Mai weigerten sich trotz offizieller Aufforderung weiterhin 3000-4000 ehemalige Soldaten, Polizisten und Gendarmen der FDS aus ihrem Versteck aufzutauchen und ihre Arbeit wieder aufzunehmen. Sie sind weiterhin um ihre eigene Sicherheit besorgt, da sie den FRCI-Streitkräften misstrauen und darüber hinaus Angst vor eventuellen Vergeltungsschlägen ehemaliger FDS-Kollegen haben.

Dass die FRCI-Streitkräfte, welche am 17. März 2011 als neue, reguläre Armee von Ouattara ins Leben gerufen worden, ihre vorgesehenen Aufgaben nur unzureichend erfüllen, liegt vor allem an ihrer personellen Struktur. In der FRCI sind die ehemaligen Rebellen der Forces Nouvelles (FN), die maßgeblich zum militärischen Sieg Ouattaras beigetragen hatte, überproportional stark vertreten und bilden momentan den Hauptteil der Soldaten. Daneben haben sich seit den militärischen Erfolgen der FRCI vermehrt Ouattara-treue Zivilisten zum Dienst gemeldet. Der Mehrheit der FRCI-Soldaten fehlt es demzufolge an einer grundlegenden militärischen Ausbildung. Zahlreiche Führungspositionen wurden mit ehemaligen Rebellenführern besetzt, die nunmehr neben der Nordhälfte des Landes, auch weite Teile des Westens des Landes und Abidjan kontrollieren. So wurde das Gebiet der Millionen-Metropole unter den einzelnen Rebellenführern aufgeteilt, die ihre Zone weitestgehend beliebig verwalten können. Oftmals schrecken sie dabei auch nicht vor der Erhebung von Wegezöllen und Einschüchterungen zurück. Einheiten der FRCI-Streitkräfte waren auch in anderen Teilen des Landes wiederholt selber Ursache für Unordnung und Verbrechen, anstatt die Sicherheit im Land zu gewähren³. Aus die-

² Vgl. Ausgabe der Patriote vom 14. Mai 2011 <http://www.ghanaweb.com/GhanaHomePage/NewsArchive/artikel.php?ID=208513> [05.08.2011]

³ Vgl. Artikel unter <http://allafrica.com/stories/201106241089.html> [05.08.2011];

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BENIN

MARIA ZANDT

BENJAMIN THULL

16. August 2011

www.kas.de/westafrika

sem Grund versprach der neue ivoirische Generalstabschef, General Soumaila Bakayoko, in seiner Rede zur Kommandoübernahme den Schwerpunkt seiner Arbeit auf die Durchsetzung von Disziplin, die Moralisierung seiner Truppen sowie die Neuorganisation der Streitkräfte zu legen. Letzteres ist eine weitere gigantische Herausforderung, da sie auf Grundlage des Ouagadougou- Abkommens⁴ die Integration von ehemaligen Einheiten der FDS sowie der Rebellenarmee in eine neue, reguläre Armee vorsieht. In der FRCI müssen demnach Soldaten, die bis vor wenigen Monaten noch Feinde waren, von nun an Seite an Seite für das Wohl des Landes zusammenarbeiten.

Bei der Wiederherstellung der inneren Sicherheit kann die ivoirische Regierung auf die Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft zählen. So wurde zum einen das Mandat der Truppen der Vereinten Nationen in der Côte d'Ivoire (ONUCI), welche bis Ende Juli acht neue Militärcamps für eine bessere Kontrolle im Westen des Landes errichteten, am 27. Juli 2011 um ein weiteres Jahr verlängert. Zum anderen entsprach Nicolas Sarkozy der Bitte seines Freundes Ouattara, die französische Militäroperation „Licorne“ fortzusetzen und französische Soldaten langfristig in der Côte d'Ivoire zu stationieren. Eine schnelle Normalisierung der Sicherheitslage hängt demnach insbesondere von folgenden Aspekten ab: der erfolgreichen Integration und Disziplinierung der Truppen, der Entmachtung verbrecherischer FRCI-Offiziere sowie dem schnellen materiellen und personellen Wiederaufbau des Polizeiapparats.

<http://www.jeuneafrique.com/Article/ARTJAWEB20110609163624/> [05.08.2011]

⁴ Artikel IV des Abkommens sieht unter anderem die Eingliederung von 9000 ehemaligen Rebellenkämpfern der FN in den Sicherheitsapparat vor. 4000 von ihnen sollen in Polizei und Gendarmerie und weitere 5000 in die neue nationale Armee eingegliedert werden. Mehr über das Ouagadougou- Abkommen unter <http://www.kas.de/wf/de/71.6533> [05.08.2011].

Das Flüchtlingsproblem ist noch nicht gelöst

Mit der fehlenden inneren Sicherheit eng verbunden ist das Flüchtlingsproblem. Zehntausende ivoirische Flüchtlinge zögern nach wie vor in ihre Heimatregion zurückzukehren, da sie Übergriffe bewaffneter Banden fürchten oder ihnen jegliche wirtschaftliche Perspektive fehlt.

Am 15. Juni 2011 beherbergten nicht weniger als 13 afrikanische Länder über 200 000 ivoirische Flüchtlinge⁵, was der ivoirischen Krise eine zusätzlich internationale Dimension gibt. Allein 142 331 Flüchtlinge sind in das fragile Nachbarland Liberia geflohen, wo sich die Sicherheitslage durch die Rückkehr liberianischer Söldner aus der Côte d'Ivoire wieder verschlechtern kann. Des Weiteren ist in Folge des massenhaften Andrangs die Lage in einigen liberianischen Flüchtlingslagern angespannt: Hygienische Herausforderungen, fehlende Unterbringungsmöglichkeiten und Sicherheitsprobleme aufgrund von gewaltbereiten und zum Teil bewaffneten Flüchtlingen sind dabei die Hauptprobleme. Neben den Flüchtlingen registrierte der UNHCR für Mitte Juni über 350 000 Binnenvertriebene innerhalb der Côte d'Ivoire⁶. Der Großteil von ihnen ist in Flüchtlingslagern oder bei Familien im Westen und Norden des Landes sowie in Abidjan untergekommen. Dahingegen verstecken sich insbesondere im äußersten Westen des Landes nach wie vor Tausende aus Furcht vor Vergeltung oder gewalttätigen Übergriffen im Buschland. In der ehemaligen Hochburg Gbagbos hat sich das ohnehin schon jahrelang angespannte Verhältnisse zwischen den einzelnen Volksgruppen aufgrund mehrerer grausamen Verbrechen - zunächst verübt von pro-Gbagbo-Milizen, später auch von FN-Elementen – weiter verschlechtert. Die Rückkehr der Flüchtlinge ist damit weiterhin schwierig.

⁵ Siehe Bericht des UN-Flüchtlingskommissariats (UNHCR) über die Côte d'Ivoire vom 15. Jun 2011.

⁶ Ebenda.

BENIN

MARIA ZANDT

BENJAMIN THULL

16. August 2011**www.kas.de / westafrika****Das schwere Erbe der Ivoirité⁷**

Ein Hauptgrund für den seit 2002 andauernden Konflikt in der Côte d'Ivoire stellt die Verbreitung und die praktische Anwendung der Ideologie der Ivoirité dar. Dieses nationalistische Konzept wurde 1994 vom damaligen Präsidenten Henri Konan Bédié⁸ gesetzlich verankert, mit dem Ziel seinen ehemaligen Parteigenossen Ouattara von den Präsidentschaftswahlen auszuschließen. Es definiert anhand von ethnischen, sprachlichen und religiösen Kriterien, wer ein wahrer „Ivorer“ ist und wer nicht. Letzteren standen, ob im Besitz eines ivoirischen Passes oder nicht, wenig bis gar keine Rechte zu, sodass sie häufig Opfer von wirtschaftlicher und politischer Ausgrenzung wurden. Aufgrund des hohen Ausländeranteils in der Côte d'Ivoire – vor Ausbrechen des Konflikts war der Anteil mit circa 25% einer der höchsten weltweit – hatte die Anwendung der Ivoirité besonders verheerende Folgen. Dadurch verschärfen sich Argwohn, Neid und Hass zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen und führten zu einer Vertiefung des Nord-Süd-Gegensatzes⁹. Vor allem im fruchtbaren Westen des Landes nutzten „wahre Ivorer“ das Konzept, um sich Boden anzueignen, welcher von „Ausländern“ bearbeitet wurde. Dadurch wurde der Konflikt um Landbesitz, der aufgrund einer unklaren Gesetzgebung bereits jahrzehntelang latent vorherrschte, zunehmend gewalttätig ausgetragen.

Neben den Konflikten um Landbesitz stellte die Existenz von etwa 3.000.000 „Papierlosen“, die vor allem im Norden des Landes

leben, ein weiteres Grundproblem des Konflikts dar. Als „Papierlose“ bezeichnete man Menschen, die in der Côte d'Ivoire leben, aber über keinerlei offizielle Papiere und somit weder über politische noch wirtschaftliche Rechte verfügen.

Um das Problem zu lösen, beschlossen die Konfliktparteien unter Vermittlung Frankreichs im Linas-Marcoussis-Abkommen Anfang 2003, die Beschleunigung des Verfahrens zur Identifizierung der „Papierlosen“. Die Arbeit der dafür eingesetzten mobilen Gerichte wurde aber in der Praxis von Gbagbos Leuten behindert, da Gbagbo im Hinblick auf kommende Wahlen keinerlei Interesse an der Identifikation der „Papierlosen“ hatte. Diese kamen wie Ouattara größtenteils aus dem Norden und sollten deshalb durch das Fehlen von Papieren von einer Beteiligung an den Wahlen ausgeschlossen werden. Während der postelektoralen Unruhen mussten die mobilen Gerichte ihre Arbeit gänzlich unterbrechen und konnten sie erst wieder mit dem Regierungsantritt Ouattaras aufnehmen. Nun ist Eile geboten. Der Registrierungsprozess muss zeitnah abgeschlossen werden, damit das Wählerverzeichnis rechtzeitig vor den nächsten Parlamentswahlen, vorgesehen für Ende November oder Anfang Dezember dieses Jahres, fertig gestellt werden kann.

Die erfolgreiche Durchführung der Parlamentswahlen stellt für die neue Regierung einen wichtigen Prüfstein dar. Doch auch wenn die Durchführung der Wahlen gelingen wird, bleibt die Frage was mit den geschätzten Hunderttausenden „Papierlosen“ geschieht, die kein Anrecht auf die ivoirische Staatsbürgerschaft haben. Werden sie des Landes verwiesen, was unmittelbare Folgen für die Nachbarländer besonders für Burkina Faso und Mali hätte, oder wird ihnen die Möglichkeit eines dauerhaften Aufenthaltes eingeräumt? In diesem Zusammenhang steht auch die nicht weniger konfliktgeladene Regelung bezüglich des Landbesitzes, die in der Vergangenheit vor allem durch das Fehlen einer konsistenten Politik gekennzeichnet war und zu einer Verschärfung der Konfliktsituation zwischen lokalen Bauern und zugezogenen Ivorern und Ausländern führte. Aufgabe der Regierung Ouattaras

⁷ Einen ausführlichen Bericht zur Ideologie der Ivoirité unter <http://www.kas.de/wf/de/71.6542> [05.08.2011].

⁸ Der gleiche Bédié avancierte bei den Präsidentschaftswahlen 2010 zum Königsmacher, indem er seine Anhänger dazu aufrief, im zweiten Wahlgang Ouattara und nicht Gbagbo zu unterstützen. Aktuell gehört er zu den wichtigsten Verbündeten von Ouattaras Regierung.

⁹ Die im Norden des Landes, sowie in Burkina Faso und Mali beheimateten Mitglieder der Malinkéoder Senoufo-Ehnién, überwiegend Muslime, waren von der Ausgrenzung besonders betroffen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BENIN

MARIA ZANDT

BENJAMIN THULL

16. August 2011

www.kas.de/westafrika

wird es diesbezüglich nun sein, die Bedeutung des Gewohnheitsrechts und die der Besitzverhältnisse eindeutig zu klären, ohne dabei neue Ausschreitungen hervorzurufen.

Die Superpräsidentschaft Ouattaras¹⁰

Sicherheit, Wiederaufbau und Versöhnung, so lauten die Kernziele des sechsmonatigen Regierungsprogramms, mit denen Ouattara Lösungen für die Probleme des Landes finden will. Die Durchsetzung des Programms wollte er mit Hilfe einer Regierung der nationalen Einheit erreichen, deren Bildung ethnische Konfliktlinie entschärfen sollte. Das Vorhaben scheiterte aber an den Bedingungen des Gbagbo-Lagers, die unter anderem die Freilassung des unter Hausarrest stehenden Ex-Präsidenten forderten. So befinden sich unter den 36 Ministern der aktuellen Übergangsregierung Ouattaras, keine Vertreter der Front populaire ivoirien (FPI). Neben den vierzehn Ministerposten für Mitglieder der Partei Ouattaras (RDR) stellt die Partei seines ehemaligen Konkurrenten Bédié (PDCI) acht Minister. Sechs Ressorts bekamen die ehemaligen Kräfte der Rebellengruppe FN zugeteilt¹¹, fünf Minister kommen aus der Zivilgesellschaft und vier weitere Minister von Kleinparteien. Die aktuelle Besetzung des Kabinetts ist aber nur bis zur Abhaltung der für Ende des Jahres geplanten Parlamentswahlen vorgesehen. Danach wird anhand der Mehrheitsverhältnisse neu über die Vergabe der Ministerposten entschieden.

Solange verfügt Ouattara aber über eine Machtfülle, wie kein ivoirischer Präsident seit dem Gründervater Houphouët-Boigny vor ihm. Die Zahl seiner politischen Gegenspieler ist gering und eine institutionelle Kontrolle fehlt. Die Nationalversammlung hat seit fünf Jahren nicht mehr getagt, die Opposition ist führerlos, innerlich zerstritten oder befindet sich im Exil und die ivoirische Presse steht mehrheitlich auf der Seite Ouattaras. Ob die Nichtregierungsorganisatio-

nen im Land ein Gegengewicht zu Ouattara bilden können, ist ebenfalls fraglich.

Um den brüchigen Frieden nicht zu gefährden, muss Ouattara deshalb anders als seine Vorgänger der Versuchung seine Machtfülle zu missbrauchen widerstehen. Darüber hinaus muss er im Hinblick auf die Parlamentswahlen der Opposition Raum geben sich neu zu formieren und ihre Meinung frei zu äußern, sodass sie eine echte Alternative bei den Wahlen darstellen können. Für den Erfolg der Wahlen wird entscheidend sein, dass Ouattara seine Macht hinsichtlich der anstehenden, konfliktgeladenen Entscheidungen über die Neueinteilung der Wahlkreise, die Erstellung der Wählerliste und die Neueinsetzung der unabhängigen Wahlkommission nicht ausnutzt.

Erste konkrete Schritte für die Umsetzung des Regierungsprogramms wurden während einer Klausurtagung Anfang Juli 2011 festgelegt. So beschloss man, den von Soro geleiteten Wiederaufbau des Sicherheitssektors weiterhin mit aller Macht voranzutreiben, um durch sichere Verhältnisse eine Basis für wirtschaftlichen Aufschwung zu schaffen. Die ivoirische Wirtschaft hat erheblich unter den monatelangen Unruhen gelitten. Laut Expertenschätzungen wird das ivoirische BIP im Vergleich zum Vorjahr um 7% sinken. Auch das Bildungssystem liegt am Boden: die größte Universität des Landes in Abidjan ist immer noch zerstört und der Lehrbetrieb konnte an den meisten staatlichen Bildungseinrichtungen noch nicht wieder aufgenommen werden.

Um die Probleme und die wirtschaftliche Rezession im Land zu bekämpfen hat Ouattara gleich zu Beginn seiner Amtszeit ein Notstandsprogramm verabschiedet. Dieses verschaffte durch die Verordnung von Aufräumarbeiten tausenden Ivorern Arbeitsplätze. Weitere 68 Millionen Euro sollen im Rahmen des Notstandsprogramms in die Bereiche Trinkwasser- und Stromversorgung, Gesundheit, Bildung und städtische Hygiene investiert werden. Darüber hinaus hat sich der gelernte Volkswirt, der lange für den Internationalen Währungsfond tätig war, mit der Bitte um finanzielle Hilfe an die internationale Staatengemeinschaft ge-

¹⁰ Vgl. Artikel L'Hyper Président, Jeune Afrique, Ausgabe vom 19. bis 25. Juni 2011.

¹¹ Premierminister Guillaume Soro ist in Personalunion auch Verteidigungsminister.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BENIN

MARIA ZANDT

BENJAMIN THULL

16. August 2011

www.kas.de / westafrika

wandt. Denn Ouattara weiß, dass der Aufschwung der größten Volkswirtschaft Westafrikas grundlegende Bedingung für die Neubelebung des traumatisierten Landes ist.

Für die Erreichung seines dritten Kernziels, Versöhnung, hat Ouattara am 13. Mai 2011 die Kommission für Dialog, Wahrheit und Versöhnung ins Leben gerufen, die nach dem Vorbild der südafrikanischen Wahrheits- und Versöhnungskommission geschaffen wurde. Doch trotz der Verordnung des Ministerrats vom 13. Juli 2011, bleibt ihre zukünftige Funktionsweise weiterhin unklar. Der Text beinhaltet weder eine genaue Definition der Kompetenzen der Kommission, noch garantiert er im ausreichenden Maß eine Unabhängigkeit gegenüber den politischen Machthabern¹². Zum Vorsitzenden der Kommission bestimmte Ouattara den ehemaligen Ministerpräsidenten, Charles Konan Banny, eine Entscheidung die im Hinblick auf die Unvoreingenommenheit der Kommissionsarbeit kritisiert wurde¹³. Die Gründung der Kommission wird nur dann ein Schritt in eine bessere und friedfertige Zukunft des Landes sein, wenn sie die Bevölkerung von der Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit ihrer Arbeit überzeugen kann. Ungeachtet dessen lassen die Beispiele Südafrikas oder die des Nachbarlands Liberia erahnen, dass das Ziel der Versöhnung die schwierigste und langfristige Aufgabe Ouattaras sein wird.

Keine Versöhnung ohne Gerechtigkeit

Damit die Versöhnung des Landes eine wirkliche Chance hat, ist eine umfassende und unparteiische juristische Aufarbeitung der begangenen Verbrechen notwendig. Die zahlreichen Opfer der Verbrechen müssen überzeugt werden, dass der Gerechtigkeit Genüge getan wird und die Schuldigen nicht wie in der Vergangenheit straflos davon kommen. Ouattara versicherte bei Reden im In- und Ausland mehrfach seine Bereitschaft, diesen schwierigen Weg einer unpar-

teischen juristischen Aufarbeitung zu gehen. Die nach dem 28. November 2010 begangenen Verbrechen sollen dabei nicht nur vom ivoirischen Zivil- und Militärgericht, sondern auf Wunsch von Ouattara auch vom internationalen Strafgerichtshof (IStGH) verurteilt werden. So wendete sich Ouattara bereits Mitte Dezember mit einem Brief an den IStGH, in dem er dessen Kompetenz in der Côte d'Ivoire offiziell anerkannte¹⁴. Nach dem Ende der Unruhen reiste eine erste IStGH -Delegation vom 27. Juni bis zum 04. Juli in die Côte d'Ivoire, um über die Grundlage einer Verfahrensaufnahme des Strafgerichts zu entscheiden¹⁵. Eine abschließende Entscheidung über die Verfahrensaufnahme steht bisher noch aus, dennoch ist die Anrufung des IStGH der bisher glaubwürdigste Schritt zur Etablierung einer unbefangenen Justiz. Denn trotz anderslautender Versprechen von Ouattara birgt die Arbeit des ivoirischen Zivil- und Militärgerichts das Risiko parteiisch zu sein.

Bis Anfang August wurden ausschließlich Verbrechen von Anhänger des ehemaligen Präsidenten Gbagbo bearbeitet. Darüber hinaus werden Dutzende von diesen bereits seit mehr als zwei Monaten ohne Vorlegung einer offiziellen Anklageschrift festgehalten und zum Teil von FRCI-Streitkräften geschlagen¹⁶. Dahingegen musste sich kein einziger ehemaliger Kämpfer oder militärischer Chef der FN vor einem Gericht für begangene Verbrechen verantworten, obwohl in den Berichten der ONUCI sowie Amnesty International und Human Rights Watch Anhänger beider Lager grausamer Vergehen bezichtigt werden. So beschuldigt Human Rights Watch zum Beispiel namentlich die

¹⁴ Dieses Vorgehen war notwendig, da die Côte d'Ivoire bis heute das Rom-Statut von 1998, das die eigentliche vertragliche Grundlage des IStGH darstellt, zwar unterzeichnet aber nicht ratifiziert hat.

¹⁵ Die Zuständigkeit des internationalen Strafgerichtshof umfasst die Delikte Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Verbrechen der Aggression.

¹⁶ Vgl. Artikel unter <http://allafrica.com/stories/201106241095.html> [05.08.2011].

¹² Vgl. Afrikabericht N°176 der International Crisis Group, Seite 9.

¹³ Ebenda.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BENIN

MARIA ZANDT

BENJAMIN THULL

16. August 2011

www.kas.de/westafrika

ehemaligen Rebellenführer, Ousmane Coulibaly und Chérif Ousmane, der Teilnahme an Verbrechen, wie der Erschießung von 29 Gefangenen Anfang Mai in Abidjan. Ungeachtet dessen sind beide weiterhin als FRCI-Befehlshaber für jeweils eine Zone in Abidjan verantwortlich. In einer ersten Reaktion auf die Berichte verkündete Ouattara am 15. Juni 2011 die Einsetzung einer ivoirischen Untersuchungskommission. Sie hat insgesamt ein halbes Jahr Zeit, um die Menschenrechtsverletzungen der vergangenen Monate zu untersuchen und auf Grundlage ihrer Ergebnisse Empfehlungen für Verurteilungen abzugeben. Die Untersuchungen werden dabei wahrscheinlich weitere unangenehme Wahrheiten für das Präsidentenlager hervorbringen. Dennoch ist es für den Erfolg und die Legitimität der Präsidentschaft Ouattaras unerlässlich, dass er sein Versprechen hält und der Straflosigkeit endgültig ein Ende setzt. Die damit verbundenen Risiken einer neuartigen Eskalation sind offensichtlich, muss er doch gegen einige seiner ehemaligen Königsmacher vorgehen, die heute in mächtigen Positionen sind und mehrere Männer unter Waffen befehligen. Für Ministerpräsident Soro ist die Situation als ehemaliger Führer der FN sogar noch delikater, da er sich bei einer eventuellen juristischen Verfolgung zwischen der Loyalität zu Ouattara oder seinen ehemaligen Kameraden entscheiden muss.

Eine Chance für die Côte d'Ivoire

Die Ereignisse der nächsten Monate werden einen entscheidenden Einfluss auf die Zukunft der Côte d'Ivoire haben. Mit der Wiederherstellung der Sicherheit, der Neubelebung der Wirtschaft, der umfassenden juristischen Aufarbeitung der Verbrechen und vor allem der Versöhnung der verfeindeten Bevölkerungsgruppen, steht die Regierung Ouattaras zweifelsohne vor gewaltigen Aufgaben. Ungeachtet dessen stellt der Neuanfang auch die große Chance dar, eine Ära des dauerhaften Friedens einzuleiten. Denn viele notwendige Reformen, wie die Verstärkung von demokratischen Strukturen oder die Neustrukturierung des Sicherheitsapparats, werden wesentlich schwieriger umzusetzen sein, wenn sich die Situation erst einmal wieder normalisiert hat. Insbe-

sondere hinsichtlich des Wohls der ivoirischen Bevölkerung sowie der Stabilität in Westafrika gilt es zu hoffen, dass Ouattara die Chance nutzt und nachhaltige Lösungen für die Côte d'Ivoire findet.